

Berlin, 05.11.2004

## **Neue Impulse für eine tiefere Partnerschaft mit Lateinamerika**

Beschluss des CDU-Bundesfachausschusses Internationale Zusammenarbeit und Menschenrechte unter der Leitung von Armin Laschet MdEP, vorgelegt von Claudia Nolte MdB:

### **Lateinamerika in der Interessen- und Wertegemeinschaft mit Europa und Deutschland**

Lateinamerika und Europa sind durch ein enges Geflecht politischer, wirtschaftlicher, entwicklungspolitischer, kultureller und vor allem auch menschlicher Beziehungen miteinander verbunden. Die gemeinsame Verwendung der romanischen Sprachen, die christliche Religion sowie gemeinsame kulturelle Wurzeln haben wesentlich dazu beigetragen, dass Lateinamerika und Europa eine Wertegemeinschaft bilden, die das Verständnis füreinander wesentlich befördert. Zwischen Deutschland, Europa und Lateinamerika existiert eine breite Übereinstimmung in politischen Grundauffassungen, wie Demokratie, Rechtsstaat und Einhaltung der Menschenrechte. Das jahrzehntelange wirtschaftliche Engagement Europas in Lateinamerika hat zu einer starken Verzahnung von Wirtschaft und Handel auf beiden Seiten des Atlantiks geführt. Die deutsche Wirtschaft hat bedeutende Produktionsstandorte in Lateinamerika und genießt nicht zuletzt deshalb in der Region ein hohes Ansehen.

Aber nicht nur in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht sind zwischen Lateinamerika und Europa Gemeinsamkeiten zu verzeichnen. Gerade in der jüngeren Geschichte, die geprägt ist von der Sorge um die internationale Sicherheit und die Stabilität des internationalen Politiksystems, hat sich gezeigt, dass Europa und Lateinamerika im Kampf gegen den internationalen Extremismus und Terrorismus ähnliche Positionen vertreten.

Ein weiteres uns einendes Interesse von grundlegender Bedeutung ist die Bewahrung der Schöpfung und natürlichen Lebensgrundlagen. Dies betrifft vor allem die riesigen noch existierenden Tropenwaldgebiete und ihre Bedeutung für das globale Klima und die Biodiversität.

Auch auf dem Gebiet der Bildung und Wissenschaft bestehen ein großes gegenseitiges Interesse und ein reger Austausch an Erfahrungen. Insbesondere in der deutschen Bevölkerung hat Lateinamerika in den letzten Jahren aufgrund seiner Kultur und seiner landschaftlichen Besonderheit eine große Anziehungskraft entfaltet.

Die Voraussetzungen für eine intensive Zusammenarbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen, der Kultur, der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Politik sind durch diese vielfältigen Anknüpfungspunkte in besonders günstiger Weise gegeben.

### **Brüche und schleichende Krisen in Lateinamerika**

In den 80er und 90er Jahren gab es Erfolg versprechende Entwicklungen in Lateinamerika: Die Militärdiktaturen wurden überwunden und es begann der Aufbau von Demokratien. Politische Parteien festigten sich und parlamentarische sowie staatliche Strukturen schienen sich zu konsolidieren. Wirtschaftliche Öffnungen führten Anfang der 90er Jahre zu Investitionen, vor allem aus dem Ausland, und damit zu hohen Wachstumsraten.

Durch die Auswirkungen der Russland- und Asienkrise und eigene Versäumnisse wurde diese günstige Wirtschaftsentwicklung jedoch teilweise zunichte gemacht. Soziale Fortschritte gab es nur in einigen wenigen Bereichen. Die Armut hat sich in den letzten Jahren verstärkt.

Parteien gelten heute oft als korrupt und genießen in allen lateinamerikanischen Staaten wenig Vertrauen innerhalb der Bevölkerung. Populisten und außerparlamentarische, zum Teil gewaltbereite, Gruppen finden so leicht Gehör und bringen, wie die Beispiele Venezuela und Bolivien zeigen, große Gefahren für die Stabilität eines Landes mit sich, die auch negativ auf die gesamte Region ausstrahlen können. Reformversuche im Sozial- und im Bildungsbereich blieben ohne ausreichenden Erfolg. Drogenanbau und -handel, Korruption, Terrorismus und Gewalt führen zu einer kritischen Sicherheitslage in vielen Ländern.

### **Wie steht es um die strategische Partnerschaft?**

Auf dem ersten Lateinamerikanisch-Europäischen Gipfel in Rio de Janeiro 1999 wurde eine „strategische Partnerschaft“ begründet. Seitdem fanden zwei weitere Gipfel statt, 2002 in Madrid und 2004 in Guadalajara. Auch wenn jeweils wichtige Themen besprochen wurden, so blieben die Erklärungen allgemein. Ebenso wenig zeigten die Gipfeltreffen eine inhaltliche Kontinuität.

In der Außen- und Entwicklungspolitik Deutschlands durch die rot-grüne Bundesregierung nimmt Lateinamerika einen Randplatz ein. Der finanzielle Umfang der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern dieser Region ist in den letzten Jahren stark reduziert worden. Das frühere dichte Netz zwischen Deutschland und Lateinamerika, das durch die deutschen Auslandsvertretungen, -handelskammern und -schulen, Goethe-Institute, Mittlerorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit und politische Stiftungen geknüpft war, hat erhebliche Risse und Lücken bekommen. Zahlreiche Goethe-Institute und Generalkonsulate der Bundesrepublik Deutschlands wurden geschlossen. Die deutschen Auslandsschulen bekommen durch die Bundesregierung nicht die Unterstützung, die sie angesichts ihrer Bedeutung und Achtung in den lateinamerikanischen Ländern bräuchten. Hochrangige politische Kontakte der Bundesregierung in Lateinamerika sind Ausnahmeerscheinungen.

Deutschland könnte ein Zeichen für sein wieder erstarkendes Interesse an Lateinamerika setzen, indem es sich nachdrücklich für den neu einzurichtenden Sitz des ständigen Sekretariats des Gipfelprozesses zwischen EU und Lateinamerika bewirbt.

Auch in den anderen gesellschaftlichen Bereichen lässt das deutsche Engagement nach. An den großen Privatisierungen der letzten Jahre in den Ländern Lateinamerikas nahm die deutsche Wirtschaft kaum teil. An vielen Hochschulen Deutschlands wurden Lehrstühle für Lateinamerikakunde gestrichen.

Das Hörfunkprogramm der Deutschen Welle für Lateinamerika ist trotz bestehenden Interesses an deutschen Medienangeboten schon vor einigen Jahren eingestellt worden. Nun soll auch anstelle des bisher zwei Stunden pro Tag gesendeten spanischsprachigen TV-Programms nur noch das deutsche Originalprogramm fünf Stunden lang Untertitelt gesendet werden.

Lateinamerika als eine homogene Region zu betrachten, würde der Situation in keiner Weise gerecht. Die Lage in den einzelnen Ländern ist im hohen Maße unterschiedlich. Auch die intraregionalen Zusammenschlüsse MERCOSUR, die Andengemeinschaft und Zentralamerika besitzen eine unterschiedliche Integrationstiefe. Mexiko ist durch die Einbindung in die NAFTA stark nach Nordamerika orientiert. Die EU hat durch den Abschluss von Assoziierungsabkommen mit Mexiko und Chile bereits den Weg einer differenzierten Zusammenarbeit mit Lateinamerika beschritten. Dies muss sicherlich auch in Zukunft berücksichtigt werden.

### **Herausforderungen und Handlungsfelder**

Für die Lösung globaler Problemstellungen braucht man internationale Partner. Deshalb muss die Partnerschaft zu Lateinamerika als ein bedeutender gemeinsamer Aufgabenbereich der Außen-, Wirtschafts-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik Deutschlands anerkannt werden: Im Gestaltungsprozess der Globalisierung und in der Abwehr antidemokratischer und antifreiheitlicher Akteure suchen Deutschland und Europa Verbündete. Dafür steht eine Vielzahl von Handlungsfeldern zur Verfügung:

#### *1. Politischer Dialog*

Ziel der Außenpolitik der CDU ist es, zu einer friedlichen Welt, in der die Staaten der Welt den Menschen Freiheit, Wohlstand und Sicherheit ermöglichen, beizutragen. Dafür bedarf es bilateraler Partnerschaften und freundschaftlicher Beziehungsnetze. Austausch auf allen gesellschaftlichen Ebenen und politischer Dialog sind die Instrumente, um Annäherungen in Einstellungen und Handlungen zu ermöglichen.

In den Assoziierungsabkommen der EU mit Chile und Mexiko sowie bald auch mit dem MERCOSUR ist der politische Dialog verankert. Hier müssen neben dem Austausch über die Entwicklungen in den jeweiligen Regionen auch Gespräche zu internationalen Fragen und gemeinsamen Positionen in den internationalen Organisationen geführt werden. Aber auch kritische Themen wie „good governance“, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte müssen wichtige Elemente im politischen Dialog bleiben. Die CDU hält es für erstrebenswert, auch mit Ländern, mit denen keine formalen Abkommen bestehen, wie

beispielsweise mit Kolumbien, in den politischen Dialog zu treten. Damit könnte ein Beitrag geleistet werden, die schwierigen Reformprozesse zu begleiten und den Weg der politischen Institutionenbildung zu unterstützen. Auch die Zivilgesellschaft sollte mit einbezogen werden. Das deutsch-brasilianische Dialogforum könnte ein Beispiel dafür sein.

Ein Partner für den politischen Dialog für die EU sollte in einem viel stärkeren Maß als heute die Organization of American States (OAS) sein.

## *2. Parteienzusammenarbeit und Eliteförderung*

Die Parteienlandschaft in den Ländern Lateinamerikas ist stark zersplittert. In der Bevölkerung sind Parteien zu einem großen Teil unbeliebt, man misstraut ihnen. Hinter führenden Vertretern der politischen Klasse stehen oftmals finanzielle Interessen. Durch Korruption und Klientelpolitik haben sich zahlreiche Parteien selbst diskreditiert. In Ländern wie Venezuela wurden die traditionellen großen Parteien bei Wahlen marginalisiert. Nicht in allen Ländern stehen uns Partnerparteien zur Verfügung.

Daher sind neue Formen der Zusammenarbeit notwendig. Integere politische Führungspersonen müssen als Partner gewonnen und unterstützt werden. Eine Eliteförderung in diesem Sinn hat zum Ziel, einen Beitrag zur Stabilität demokratischer Systeme zu leisten und dabei Unterstützung für christlich-demokratische Überzeugungen zu gewinnen, wie zum Beispiel für die Soziale Marktwirtschaft. Trotzdem ist es wichtig, auch auf der Parteebene im politischen Gespräch mit Politikern in Lateinamerika zu bleiben.

Der inzwischen intensive Dialog mit unseren Partnerparteien PAN in Mexiko und PDC in Chile wird weitergeführt. Erweiterungen mit Partnern aus anderen Ländern, vor allem aus den USA, sind dabei eine sinnvolle Ergänzung. Ein besonders wichtiges Land ist wegen seiner Größe und vor allem wegen seines zunehmenden Führungsanspruchs aber auch Brasilien.

In der Organización Demócrata Christiana de América (ODCA) sind derzeit 33 Parteien aus dem christlich-demokratischen sowie dem konservativ - liberalem Spektrum vertreten.

Hier sind immer wieder neue Impulse nötig, damit dieser Zusammenschluss auch Ausstrahlkraft in die politische Diskussion in Lateinamerika entfaltet. Die Zusammenarbeit mit der CDU ist zu intensivieren. Die ODCA ist zudem ein bevorzugter Gesprächspartner der EVP, die beide gemeinsam in der Christlich-Demokratischen Internationalen (CDI) organisiert sind. Die CDI sollte verstärkt als Plattform für den Gedankenaustausch und zur Bearbeitung gemeinsamer Anliegen in Erscheinung treten.

### *3. Politische Stiftungen*

Die politischen Stiftungen leisten einen unschätzbaren außenpolitischen Beitrag für die Bundesrepublik Deutschland, worum uns viele Länder beneiden. Sie unterstützen den Aufbau und die Stärkung pluraler politischer demokratischer Systeme und geben Beratung in vielen Bereichen der Politik und der Zivilgesellschaft. Gerade in Ländern wie Venezuela, in denen ein politischer Dialog auf Staatsebene nicht möglich ist, sind die politischen Stiftungen um so mehr von Bedeutung. Es ist wichtig, dass zwischen der Konrad-Adenauer-Stiftung und der CDU eine enge Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der Auslandsarbeit praktiziert wird.

Die CDU setzt sich für eine deutliche Stärkung der internationalen Stiftungsarbeit ein. Vor dem Hintergrund des Falls des Eisernen Vorhangs und den damit erfolgten Umwälzungen in Europa und weltweit sind die Aufgaben der Stiftungen enorm angewachsen. Gerade in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas leisten sie Hervorragendes. Da in dieser Zeit die Mittel der Stiftungen dieser enormen Aufgabenerweiterung nicht angepasst werden konnten, musste das neue Engagement zu Lasten der bisherigen Einsatzfelder gehen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat deshalb auch die Aktivitäten in Lateinamerika einschränken müssen. Eine weitere Reduzierung des Engagements auf diesem Subkontinent wäre nicht ohne einen erheblichen Schaden für die Arbeit vor Ort möglich.

#### *4. Institutionen und Staatsaufbau*

Zu den augenscheinlichsten politischen Problemen in den Ländern Lateinamerikas, wenn auch in unterschiedlicher Stärke ausgeprägt, gehören unzureichende Gewaltenteilung, ungeklärte Zuständigkeiten, die mangelnde Institutionalisierung und Unabhängigkeit der die Demokratien konstituierenden Organe sowie die fehlende Transparenz politischer Prozesse und staatlicher Gewalt. Zudem schwächen Korruption, bestehende rechtsfreie Räume aufgrund von Abwesenheit der Staatsgewalt in manchen Regionen und verschiedenen Politikfeldern sowie Probleme bezüglich des vertikalen Staatsaufbaus die demokratischen Institutionen ganz erheblich. Als Folge davon kann man zunehmend das Aufkommen von Neopopulismus und gewaltbereiten außerparlamentarischen Gruppen, wie beispielsweise in Venezuela und Bolivien, beobachten. Hier gehen neopopulistische Tendenzen mit wieder erstarkenden sozialistischen und ethnisch-nationalen Entwicklungen (Ideologisierung) einher.

Vertrauen der Menschen in die Demokratie und die Erfahrung von Rechtsstaatlichkeit sind allerdings Voraussetzungen für eine erfolgreiche Entwicklung in einem Land. Auch der Erfolg wirtschaftlicher und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit ist hauptsächlich von funktionierenden staatlichen Strukturen und Rechtssicherheit abhängig. Deshalb hält die CDU Projekte der Staatsmodernisierung und der Institutionenbildung für vorrangig.

Die Bemühungen in Kolumbien, rechtsfreie Räume zu beseitigen und den staatlichen Organen wieder Handlungsfähigkeit zu verleihen, finden unsere Unterstützung. Die Stabilisierung der Demokratie in Chile nach dem Ende der Militärdiktatur ist ebenfalls ein positives Beispiel, bei der die deutschen Christdemokraten als verlässliche Partner mitgewirkt haben.

#### *5. Integrationsprozesse*

In Lateinamerika bestehen seit langer Zeit Bemühungen, regionale Integrationsprozesse zu vertiefen. Die Europäische Union wird dabei immer wieder als ein Vorbild genannt. So sind im MERCOSUR die Länder Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay zusammengeschlossen. Bolivien, Chile, Peru und Venezuela sind assoziiert, Mexiko fungiert als assoziierter Partner mit Beobachterstatus. Mit kulturellem Austausch- und Koordinierungsprogrammen geht der MERCOSUR über eine reine Freihandelszone hinaus.

Inzwischen ist auch der institutionelle Rahmen durch Bildung einer ständigen Kommission mit einem Generalsekretär und den Aufbau eines Gerichtes gestärkt worden. Brasilien übernimmt eine treibende Rolle in der weiteren Vertiefung der Beziehungen.

Seit 1999 befindet sich die EU in Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit dem MERCOSUR, das neben dem politischen und kulturellen Dialog auch die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit umfassen wird. Die CDU unterstützt diese Entwicklung.

Zwischen der EU und der Andengemeinschaft, zu der Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru und Venezuela gehören, besteht seit 1998 ein Kooperationsabkommen. Darin sind Vereinbarungen zur Wahrung demokratischer Grundsätze und Einhaltung der Menschenrechte sowie Entwicklungszusammenarbeit, Ausweitung des Handels, Stärkung der regionalen Integration und Verbesserung der Investitionsbedingungen enthalten. Inwieweit in Anbetracht der sehr unterschiedlichen Situation in den einzelnen Ländern das Abkommen Wirkung entfaltet, ist eher fraglich. Auch wenn die Andengemeinschaft gemeinsame Strukturen geschaffen hat, so ist doch der tatsächliche Integrationsgrad sehr gering. Vor diesem Hintergrund ist die Vereinbarung des dritten Gipfels zwischen der EU und Lateinamerika im Mai 2004, mit der Andengemeinschaft ein Assoziierungsabkommen zu verhandeln, realistischer Weise ein fernes Ziel. Es ist deshalb zu prüfen, ob es entgegen der Festlegung innerhalb der EU, nur noch bi-regionale Abkommen zu schließen, sachgerecht ist, bei entsprechender Anfrage gegebenenfalls einzelne Abkommen, zum Beispiel mit Kolumbien, auszuhandeln.

Die Region Zentralamerika bestehend aus Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama weist zwar einen beachtlichen Integrationsgrad auf, ist aber durch die wirtschaftliche und politische Schwäche der Länder gekennzeichnet. Die Beziehungen mit der EU erfolgen auf der Grundlage des seit 1999 in Kraft getretenen Rahmenkooperationsabkommens, das eine umfassende wirtschaftliche, soziale und wissenschaftliche Zusammenarbeit ermöglicht. Auch mit Zentralamerika soll perspektivisch ein Assoziierungsabkommen geschlossen werden.

Anbetracht der Verschiedenartigkeit der Regionen in Lateinamerika und der Erweiterung der EU ist zu hinterfragen, ob die EU-Lateinamerika-Gipfel in ihrer Größe eine

angemessene Zusammenarbeit zulassen oder ob nicht im Hinblick auf eine Stärkung der Integrationsprozesse in Lateinamerika stärker regionalbezogene Zusammenkünfte erfolgreicher sind.

#### *6. Entwicklungszusammenarbeit: Armutsbekämpfung und wirtschaftliche Stabilisierung*

Seit Jahren ist Lateinamerika die Region mit der ungleichsten Einkommensverteilung der Welt. Solch eine große soziale Kluft wirkt sich negativ auf die demokratische Entwicklung und die Sicherheit in den einzelnen Ländern aus. Beispiele der jüngeren Vergangenheit aus Bolivien und Venezuela führen dies deutlich vor Augen. Trotz hoher Wachstumsraten in den 90er Jahren hat sich die Situation der Armen langfristig nicht verbessert. Im Gegenteil, die Armut hat sich weiter vergrößert. 1997 galten 39% der Lateinamerikaner als arm, heute sind es 44,4%. In den meisten Staaten gibt es durch die hohe Auslandsverschuldung nur sehr geringe Handlungsspielräume für eine effizientere staatliche Sozialpolitik. Nicht selten fehlt auch der Wille zu wirksamen Strukturreformen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Dazu kommt, dass weite Bevölkerungsteile, vor allem Indigene, ausgegrenzt sind.

Die Weltgemeinschaft und somit auch Deutschland haben auf dem VN-Millenniumsgipfel 2000 das Ziel gefasst, den Anteil der in absoluter Armut lebenden Menschen, die von weniger als mit einem Dollar pro Tag überleben müssen, bis 2015 weltweit zu halbieren. Deshalb ist die Armutsbekämpfung ein Schwerpunkt in der Entwicklungszusammenarbeit. Obwohl die EU mit einem Anteil von 40% der Entwicklungszusammenarbeit der größte Geber für Lateinamerika ist, muss man leider feststellen, dass die Ergebnisse der bisherigen Entwicklungszusammenarbeit insgesamt nicht zufrieden stellend sind und Erfolge aufgrund von Konfliktsituationen immer wieder gefährdet sind.

Deshalb ist es besonders wichtig, dass die Entwicklungszusammenarbeit von Seiten der Geber stärker von Reformen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen in den Empfängerländern abhängig gemacht wird. Gerade wegen der Größe der Herausforderungen dürfen die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit nicht weiter abgesenkt werden. Programme aus den europäischen Initiativen sind zugunsten einer besseren Wirksamkeit zu bündeln. Ebenso muss eine stärkere Kohärenz der Entwicklungszusammenarbeit zwischen der EU und Deutschland erfolgen.

Für die inhaltliche Konzeption unserer Entwicklungskooperation muss differenziert werden zwischen finanziell schwachen, wenig entwickelten Ländern wie z.B. Haiti oder Bolivien und weit entwickelten Staaten mit nennenswerten eigenen Ressourcen wie z.B. Brasilien oder Chile. Für die erste Ländergruppe ist die Armutsbekämpfung in den Vordergrund zu stellen. Die zweite Gruppe kann grundsätzlich auf eigene Mittel für die Armutsbekämpfung zurückgreifen. Hier kommt es darauf an, sozialstaatliches Denken bei den Eliten und den Aufbau entsprechender sozialstaatlicher Strukturen zu fördern sowie öffentliche und rechtsstaatliche Institutionen zu stärken. Ebenso sollte die deutsche Entwicklungszusammenarbeit der Lösung von Problemen von gemeinsamem Interesse z.B. in den Sektoren Energie, Umwelt, Verstärkung oder Landwirtschaft (z.B. bei der Unterstützung von Agrarreformen) wieder gebührende Aufmerksamkeit zukommen lassen. Generell große Bedeutung für die Entwicklungszusammenarbeit muss der Bildungssektor haben. Nur durch eine ausreichende Schulbildung lässt sich langfristig das Problem der Armut und ungleichen Einkommensverteilung lösen.

Den geplanten Auslauf der Hilfe für Argentinien und Uruguay halten wir schon deshalb für falsch, da sich die dortige Armutssituation aufgrund der Finanzkrise dramatisch verschärft hat. Eine weitere Zusammenarbeit mit Venezuela ist aufgrund der derzeitigen politischen Situation nicht möglich, aber durchaus die Unterstützung entwicklungspolitischer Anliegen mit Partnern in der Zivilgesellschaft. Ebenso ist die Zusammenarbeit im politischen Raum in solchen Situationen besonders gefordert, allerdings außerhalb von staatlichen Programmen.

#### *7. Wissenschaftskooperation und Studentenaustausch*

Die Wissenschaftskooperation nimmt einen wichtigen Anteil der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Ländern Lateinamerikas ein. Dabei spielen Stipendienvergabe und Wissenschaftleraustausch eine hervorgehobene Rolle, ebenso die Kooperation zwischen universitären Einrichtungen. Um eine höhere Effizienz in diesem Feld der Zusammenarbeit zu ermöglichen, ist eine sinnvolle Abstimmung zwischen Bund und Bundesländern erforderlich.

Es ist ein Fakt, dass sich die Studenten aus Lateinamerika mehrheitlich in die USA orientieren. Gerade im Hinblick auf künftige wirtschaftliche Aktivitäten ist der Wissenschaftskooperation ein größeres Gewicht beizumessen. Deutsche Universitäten müssen sich stärker um Studenten aus Lateinamerika bemühen. Andererseits müssen Studenten aus Deutschland vermehrt Austauschmöglichkeiten mit Lateinamerika geboten werden.

#### *8. Internationale Soziale Marktwirtschaft*

Wichtige Hilfen für die Entwicklung der Staaten in Lateinamerika sind die Entschuldung und der Abbau von Marktbarrieren und Exportsubventionen im Agrarbereich durch die EU und die USA. Auf der anderen Seite müssen Lateinamerikas Regierungen sinnvolle Agrarreformen initiieren. Dies würde nicht nur Armut im ländlichen Lateinamerika wirkungsvoll bekämpfen, sondern auch die Akzeptanz in Europa für eine weitere EU-Agrarmarktöffnung verbessern. Ziel ist es, im Sinne einer Internationalen Sozialen Marktwirtschaft eine gerechte Wirtschaftsordnung zu schaffen, die möglichst allen Akteuren eine Beteiligung am Welthandel zu fairen Bedingungen ermöglicht. Die CDU ist überzeugt davon, dass dazu mehr gehört als nur Freihandel. Marktliberalisierung die am Ende nur dazu beiträgt, dass einige wenige den Markt beherrschen, kann nicht das Ziel sein.

Um einer Ausbeutung von Natur und Menschen vorzubeugen, sind international verbindliche Regeln notwendig, die die Teilhabe auch kleiner Unternehmen und von Familienbetrieben am Markt ermöglichen und die einen möglichst hohen Stand an Arbeitnehmerrechten für die Beschäftigten und Umweltschutz garantieren.

Entscheidend werden für die Lösung dieser Aufgaben vor allem die WTO Verhandlungen sein. Die jüngsten grundsätzlichen Vereinbarungen müssen nun entsprechend konkretisiert werden.

### *9. Menschenrechtsdialog*

Ohne die Beachtung der Menschenrechte kann keine nachhaltige politische und ökonomische Entwicklung in den einzelnen Staaten erfolgen. Der Schutz der Menschenrechte muss deshalb auch für Lateinamerika ein Schwerpunkt christlich-demokratischer Außenpolitik bleiben. Dazu gehört, dass die Einhaltung der Menschenrechtsklausel in den EU-Assoziierungsabkommen durch ein entsprechendes Monitoring verstärkt kontrolliert wird. Mit Mexiko besteht bereits ein derartiges Abkommen, das Abkommen mit Chile befindet sich noch im Ratifizierungsprozess in den EU-Mitgliedstaaten, und mit den vier MERCOSUR - Staaten wird ein Abkommen derzeit noch verhandelt.

In vielen lateinamerikanischen Staaten sind keine Fortschritte im Menschenrechtsbereich zu verzeichnen. So werden in Kuba jegliche Grund- und Bürgerrechte durch das Regime Fidel Castros unterdrückt. Regimekritiker, unabhängige Journalisten und Menschenrechtsaktivisten werden verfolgt und inhaftiert. Eine Grundlage für staatliche bilaterale Entwicklungszusammenarbeit ist daher nicht gegeben. Solange in Kuba die Einhaltung der Menschenrechte nicht gewährleistet ist, kann das Land auch nicht in die Gruppe der AKP-Staaten aufgenommen werden. Auch in Venezuela werden grundlegende Freiheitsrechte, insbesondere Presse- und Meinungsfreiheit, zunehmend eingeschränkt. In beiden Ländern muss daher die Unterstützung für die nichtstaatlichen Projekte von Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und politischen Stiftungen, die auf die Stärkung der demokratischen Oppositionskräfte ausgerichtet sind, verstärkt werden.

Ein weiterer Problembereich ist die Aufarbeitung der Verbrechen der Militärdiktaturen. Die Verantwortlichen von Menschenrechtsverletzungen während der Militärdiktaturen werden bis heute meist nicht zur Rechenschaft gezogen. Vielerorts besteht für sie immer noch Straflosigkeit. Die Empfehlungen der Wahrheitskommissionen, die in einigen lateinamerikanischen Ländern mit dem Ziel eingerichtet wurden, die Wahrheit über Verbrechen aufzudecken und somit einen Beitrag zur juristischen Aufarbeitung zu leisten, werden häufig nicht umgesetzt. Nach wie vor gelten Tausende als "verschwunden".

Entführungen, Gewalt und Morde, Diskriminierung und Unterdrückung der indigenen Bevölkerung und Verfolgung von Menschenrechtsverteidigern sind auch heute noch in vielen Ländern Lateinamerikas Realität. Vor allem in Guatemala und Honduras, aber auch

in anderen lateinamerikanischen Staaten werden Straßenkinder verfolgt und ermordet. In Kolumbien werden durch Entführungen, Erpressungen, Landnahme und das Bestehen rechtsfreier Räume Menschen in Abhängigkeit mafiöser und terroristischer Gruppen gebracht. Doch Kolumbien ist auch ein Beispiel für die internationale Kooperation im Bereich der Menschenrechte: So wurde 1996 im Einvernehmen mit der kolumbianischen Regierung ein Büro des VN-Hochkommissariats für Menschenrechte in Bogotá (OHCHR) eingerichtet.

Große Bedeutung kommt auch dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte zu, der 1979 von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission und der Organisation Amerikanischer Staaten eingerichtet worden war.

#### *10. Partner in der Zusammenarbeit (Wirtschaft, Kultur und Kirche)*

Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Subkontinenten Lateinamerika und Europa kann sich nicht auf offizielle Kontakte der Politik und Entwicklungszusammenarbeit beschränken. Ein wichtiger Beitrag in der Beziehung zwischen beiden wird von der Wirtschaft geleistet. Gerade in diesem Bereich nimmt Deutschland einen herausragenden Platz ein. Kontinuierlicher Austausch über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zwischen Politik und Unternehmen können dazu beitragen, den Bedürfnissen auf beiden Seiten des Atlantiks für ein größeres wirtschaftliches Engagement Rechnung zu tragen.

Viele gesellschaftliche Organisationen tragen zu einem intensiven Kontakt zwischen Europa und Lateinamerika bei. Vor allem Entwicklungsorganisationen und die Kirchen sind stark engagiert. Auch hier ist die Zusammenarbeit der CDU mit den entsprechenden Gruppen wichtig.

Einen wichtigen Beitrag für den kulturellen Austausch, für die Verbreitung der deutschen Sprache, Kultur und Werte leisten die Goethe-Institute und die Deutschen Schulen. Beide werden in den Ländern Lateinamerikas in großem Maße angenommen. Deshalb verdienen sie auch in Zukunft die volle staatliche Unterstützung und eine den wachsenden Aufgaben angemessene Finanzierung.

### *11. Strategisches Dreieck: EU – USA – Lateinamerika*

Unbestritten gibt es einen großen Einfluss der USA in Lateinamerika. Besonders stark wird dies in Bezug auf Mexiko deutlich, wo aufgrund der Einbindung in die NAFTA engste wirtschaftliche Verknüpfungen mit den USA bestehen. Aber auch mit den weiter südlich liegenden Ländern unterhalten die USA intensive Beziehungen, die schwerpunktmäßig auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit abzielen. Aber es bestehen auch Aktivitäten im Bereich der Sicherheitspolitik und der Konfliktbewältigung, wie zum Beispiel im Fall Kolumbien der Plan Colombia, der ein Programm zur Drogenanbaubekämpfung enthält.

Die Beziehungen der EU zu Lateinamerika beinhalten stärkere Akzente im entwicklungspolitischen Bereich und dem politischen Dialog. Es wäre zu begrüßen, wenn auch die USA sich stärker in diesen Bereichen engagierten. Entsprechende Anregungen sollten in die Gespräche zwischen EU und USA eingebracht werden. Die CDU versteht die Beziehungen EU, USA und Lateinamerika als ein strategisches Dreieck. Unterschiedliche Schwerpunktsetzungen könnten sinnvoll genutzt werden. Ein institutionalisierter, trilateraler Dialogprozess könnte einem solchen süd- und nordatlantischen Dreieck Substanz geben.

### *12. Sicherheitszusammenarbeit*

Angesichts der Zunahme des internationalen Terrorismus', der Internationalisierung krimineller und verbrecherischer Organisationen sowie des Anwachsens des Drogenhandels wird die sicherheitspolitische Zusammenarbeit immer bedeutender. Drogenhandel und Geldwäsche sowie die damit verbundenen wirtschaftlich und politisch agierenden Gruppen stellen eine enorme Bedrohung nicht nur für die direkt betroffenen Länder dar. Immer häufiger kommt es zu einem grenzübergreifenden Zusammenwirken verschiedener krimineller und terroristischer Gruppen. In Vermischung mit wirtschaftlichen Problemen führen derartige Entwicklungen zur Verschärfung von politischen Krisen. Die Verbindung der kolumbianischen Guerilla mit ETA und IRA sind ein Beispiel für die engere Zusammenarbeit des internationalen Terrorismus.

Um eine soziale, wirtschaftliche und politische Stabilisierung zu schaffen, ist sicherheitspolitisch die Zusammenarbeit mit Lateinamerika vor allem bei der Bekämpfung des internationalen Terrors und des Drogenhandels von Bedeutung. Für Länder wie

Kolumbien und Peru ist eine Unterstützung des Kampfes gegen den Drogenanbau notwendig.

### *13. Multilateralismus und gemeinsame Interessenvertretung*

Zu Recht wird immer wieder auf die Chancen, die die gemeinsame Wertebasis Europas und Lateinamerikas bietet, verwiesen. Die internationale Politik bietet eine Plattform, diese tatsächlich für eine strategische Partnerschaft zu nutzen. Beide Seiten haben ähnliche Überzeugungen in Menschenrechtsfragen, was sich unter anderem bei der Durchsetzung eines Internationalen Strafgerichtshofs gezeigt hat. Sowohl die EU als auch die lateinamerikanischen Staaten eint das Bekenntnis zu einem effektiven Multilateralismus. Dazu müssen die Vereinten Nationen reformiert und handlungskräftig ausgestaltet werden. Vor allem im Bereich der weltweiten Konfliktprävention und –beilegung muss die Rolle der UN gestärkt werden, um Konflikte nicht militärisch, sondern möglichst durch Diplomatie und Kooperation zu lösen. Ebenso ist ein erfolgreicher Abschluss der WTO Verhandlungen für beide Seiten von Interesse. In der Erklärung von Guadalajara ist darüber hinaus auch ein Aufruf an alle Staaten enthalten, das Kioto- Protokoll zu ratifizieren.

Es ist notwendig, gemeinsame Positionen in der internationalen Politik zu definieren und dazu rechtzeitig entsprechende Konsultationen durchzuführen. Allerdings ist es realistischer, dass solche Abstimmungen zwischen einzelnen Staaten beider Regionen stattfinden, da sowohl die Größe beider Regionen als auch mögliche unterschiedliche Ansichten in konkreten Situationen eine Verhandlung mit allen schwer machen. Europa zeigt, wie man in einer Union aus 25 Ländern gemeinsame Positionen erarbeitet und vertritt. Die CDU unterstützt Initiativen, auch in Lateinamerika zu einer tieferen Integration zu kommen.